SPD-Fraktion **Fraktion KIDiative** **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus

51465 Bergisch Gladbach

7. Februar 2000

Antrag für die Ratssitzung am 29.02.2000

Sehr geehrte Frau Opladen,

die Fraktionen von SPD, KIDiative und Bündnis 90/Die Grünen bitten Sie, den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 29.02.2000 zu setzen:

Der Rat möge beschließen:

"Nachdem der Rhein.-Berg.-Kreis bzgl. einer institutionellen Beteiligung an einer "Rheinisch Bergischen Ausbildungs- und Beschäftigungsgesellschaft" noch keine Entscheidung getroffen hat, wird die Verwaltung beauftragt, nunmehr für Bergisch Gladbach die Initiative zu ergreifen, und in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen, dem Handwerk, der Arbeitsverwaltung und anderen relevanten gesellschaftlichen Kräften ein wirkungsvolles Instrument zur Beschäftigungsförderung zu entwickeln.

Mit dem Rhein. Berg. Kreis sind Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, die Finanzierung des Projekts aus den vom Kreis im Haushalt 2000 zur Verfügung gestellten Mitteln zur Beschäftigungsförderung zu erreichen.

Zur Finanzierung der notwendigen Anlaufkosten werden aus allgemeinen Deckungsmitteln DM 20.000,-- im Haushalt 2000 zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Die Zahl arbeitsloser, aber arbeitsfähiger jugendlicher und auch älterer Sozialhilfeempfänger ist in Bergisch Gladbach mit ca. 300 Personen nach wie vor inakzeptabel hoch. Offensichtlich gelingt es diesem Personenkreis nicht, auf dem ersten Arbeitsmarkt, ohne Hilfe Fuß zu fassen. Die Sozialhilfekosten steigen tendenziell weiter. Diese Situation kann vor dem Hintergrund einer sinnvollen Struktur und Sozialpolitik nicht hingenommen werden.

Ziel einer Beschäftigungsinitiative muss es sein, durch geeignete Maßnahmen die berufliche Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt zu fördern und dem Personenkreis bei dem dies

nicht oder vorübergehend nicht möglich ist, akzeptable Arbeit anzubieten. Nur so können die gesamtgesellschaftlichen Kosten (Sozialhilfekosten) auf Dauer nachhaltig gesenkt werden. Es kann nicht richtig sein, auf Dauer aus dem Sozialhilfeetat Arbeitslosigkeit anstatt Arbeit zu finanzieren.

Mit freundlichem Gruß

Klaus-Peter Freese
Fraktionsvorsitzender SPD

Detlef Schnöring
Mitglied des Rates
Bündnis 90/Die Grünen

Holger Blask
Fraktionsvorsitzender
KIDiative